

Nachwuchsmangel:

Ohne angemessene Rahmenbedingungen geht es nicht

BdB-Vertreter*innen treffen die CSU-Bundestagsabgeordnete Silke Launert

Bayreuth, den 24. Mai 2022 – „Inflation, sinkende Einnahmen, höhere Aufwände und mehr Aufgaben – So wird das nichts! Es ist Aufgabe der Politik, für angemessene Rahmenbedingungen zu sorgen, um den Beruf des rechtlichen Betreuers attraktiver zu machen und Nachwuchssorgen zu lindern“, sagte Peter Berger, Sprecher der Landesgruppe Bayern des Bundesverbands der Berufsbetreuer/innen (BdB), im Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Silke Launert (CSU). Das Treffen mit der früheren Betreuungsrichterin fand in Bayreuth statt. Neben Berger nahmen die ehemalige Landessprecherin Brigitte May und der Bayreuther Berufsbetreuer Uwe Winkler teil.

Hintergrund: In Bayreuth hören sechs langjährige Betreuer fast gleichzeitig aus Altersgründen auf. „Betreuungsstelle und Amtsgericht tun sich extrem schwer, Berufsbetreuer als Nachfolger zu finden und Berufsnachwuchs zu gewinnen,“ berichtete Uwe Winkel.

Es sei schon erstaunlich, dass in den Ländern geklagt werde, dass es zu wenig Berufsnachwuchs gäbe und auf der anderen Seite keine leistungsgerechte Vergütung vorgesehen würde, so Peter Berger. Auch die Befürchtung der Länder, dass durch den neu eingeführten Sachkundenachweis (ab 01.01.2023) erschwert werde, neue Betreuerinnen und -betreuer zu gewinnen, hält der BdB-Landessprecher für vorgeschoben: „Diese Probleme gibt es schon längst. Auch ohne Sachkundenachweis. Sie sind strukturbedingt. Wir fordern, dass der Beruf attraktiver wird. Dazu dient insbesondere eine faire Vergütung.“

Silke Launert begrüßte, dass mit Einführung des Sachkundenachweises endlich ein Mindestmaß an Qualifikation in die rechtliche Betreuung Einzug hielte. Zu überlegen wäre, wie man künftigen Betreuer*innen bei den Kosten für den Sachkundenachweis helfen könne, so die CSU-Politikerin.

Peter Berger wies auf die Mehraufwände durch die Reform der rechtlichen Betreuung hin, erläuterte aber auch, dass diese bis zum 31.12.2024 evaluiert würden: „Allerdings können wir angesichts der rasanten Inflation nicht bis 2025 warten, bis sich etwas an der Vergütung ändert. Daher fordern wir eine vorgezogene Dynamisierung.“

Dafür zeigte Silke Launert großes Verständnis, auch wenn sie auf die Gesamtproblematik der sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben der öffentlichen Hand hinwies: „In jedem Falle: Die Politik muss sich um dieses Thema kümmern.“

Mehr Informationen:

www.berufsbetreuung.de | Twitter: @BdB_Deutschland

Pressekontakt:

nic communication & consulting | Bettina Melzer

Tel.: 030 – 279 879 50 | mobil: 0163 – 575 1343 | bm@niccc.de | www.niccc.de

Angebot an Journalist*innen: Sie wollen einmal einen Berufsbetreuer oder eine Berufsbetreuerin in Ihrer Nähe begleiten? Sie brauchen ein Beispiel von Klient*innen, die von Berufsbetreuung profitieren? Möchten Sie eine Expertin oder einen Experten aus Ihrer Region sprechen? Oder benötigen Sie mehr Hintergrundinformationen?

Rufen Sie uns einfach an. Oder schreiben Sie uns. Wir helfen gern weiter!

Über den BdB:

Der Bundesverband der Berufsbetreuer und Berufsbetreuerinnen (BdB e.V.) ist mit mehr als 7.500 Mitgliedern die größte Interessenvertretung des Berufsstandes. Er ist die kollegiale Heimat seiner Mitglieder und macht Politik für ihre Interessen. Er stärkt seine Mitglieder darin, Menschen mit Betreuungsbedarf professionell zu unterstützen, ein Leben nach eigenen Wünschen und Vorstellungen zu führen – selbstbestimmt und geschützt.

Der BdB wurde 1994 gegründet – zwei Jahre, nachdem mit dem Betreuungsgesetz Konzepte wie „Entmündigung“ und „Vormundschaft“ für Erwachsene abgelöst wurden. Bereits damals leitete ihn der Gedanke, Menschen mit Betreuungsbedarf in Deutschland professionell zu unterstützen, so dass sie ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen können.

Mit seiner fachlichen Expertise und viel Idealismus setzte sich der Verband bereits frühzeitig für mehr gesellschaftliche Teilhabe betreuter Personen ein, wie sie erst später gesetzlich verankert wurde.

Handeln und Entscheidungen der BdB-Mitglieder basieren auf demselben humanistischen Menschenbild, das auch der UN-Menschenrechtskonvention von 1948 und der UN-Behindertenrechtskonvention von 2006 zugrunde liegt.